

## Bildungspolitische Leitlinien der GRÜNEN: Schulfrieden statt Schulkampf

Bildungspolitische Leitlinien der GRÜNEN: Schulfrieden statt Schulkampf  
Ermöglichen statt Verordnen  
Evolution statt Revolution  
Sowohl bei der Reform der Schulzeitverkürzung G8/G9 als auch in anderen bildungspolitischen Fragen sieht die Landtagsfraktion von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN eine "evolutionäre statt revolutionäre Schulentwicklung" als notwendig an. "Immer neue von oben verordnete Zwangsbegünstigungen bringen nichts". Aus der Anhörung zu den G8/G9-Plänen der schwarz-gelben Landesregierung müssten Konsequenzen gezogen werden. "Insgesamt brauchen wir eine Bildungspolitik mit Maß und Mitte und keine Fortsetzung des ideologischen Schulkampfes der vergangenen Jahrzehnte. Hierfür wollen wir GRÜNE Garant sein. Nur weil in einem Jahr Landtagswahl ist, sollten CDU und SPD in der Bildungspolitik nicht wieder ausflippen. Eine Radikalisierung und Ideologisierung mag den Parteistrategen gefallen, für unsere Schulen sind sie extrem schädlich", stellt der bildungspolitische Sprecher der GRÜNEN, Mathias Wagner, fest. Dazu haben DIE GRÜNEN Leitlinien entwickelt.  
Leitlinie I: Schulfrieden statt Schulkampf  
DIE GRÜNEN wollen für Hessen einen Schulfrieden erreichen. "Wir reichen aus der Opposition die Hand für einen Schulfrieden und werden dies auch bei einer möglichen Regierungsbeteiligung tun. In Bremen und Nordrhein-Westfalen ist es gelungen, sich zwischen Opposition und Regierung über die weitere Entwicklung des Schulwesens zu verständigen. Dort wissen die Schulen über eine Legislaturperiode hinaus, woran sie sind und können sich auf ihre eigentliche Arbeit konzentrieren. Das wollen wir auch für Hessen." Die bisherige Politik der Landesregierung sei dafür alles andere als hilfreich. "Zwar redet Schwarz-Gelb gern vom Schulfrieden, in der Realität können sich CDU und FDP schon koalitionsintern kaum auf eine Bildungspolitik verständigen. Die Wünsche von Eltern, die ein bedarfsgerechtes Bildungs- und Betreuungsangebot in der Grundschule, längeres gemeinsames Lernen oder Inklusion für ihre Kinder wollen, werden schlicht ignoriert." Die Ankündigungen der SPD, nach der nächsten Landtagswahl alles komplett anders machen zu wollen, sei für die Schulen mehr Drohung denn Verheißung. "Wir sind uns mit der SPD in der Kritik an der schwarz-gelben Bildungspolitik einig, unterscheiden uns aber deutlich in der Umsetzung einer bessern Bildungspolitik."  
Leitlinie II: Ermöglichen statt Verordnen  
Nicht nur die Politik, sondern auch die Gesellschaft in Hessen sei in bildungspolitischen Fragen gespalten. "Was die einen mit Überzeugung richtig finden, lehnen andere ebenso energisch ab. Nicht nach jeder Wahl sollte versucht werden, diesen Streit neu zu entscheiden. Vielmehr sollte es darum gehen, dass alle Eltern die Schule finden, die sie für ihr Kind wollen. Deshalb stellen wir den Elternwillen in den Mittelpunkt. Wir sind davon überzeugt, dass unsere Veränderungen zu einem besseren und gerechteren Bildungssystem führen, haben aber nicht die Hybris, unsere Überzeugungen den Eltern vorzuschreiben." Deshalb sollten Veränderungen an den Schulen vor Ort ermöglicht, aber nicht von oben verordnet werden. Konkret bedeutet dies beispielsweise: allen Grundschulen ermöglichen, den flexiblen Schulanfang und ein freiwilliges ganztägiges Bildungs- und Betreuungskonzept anbieten zu können, den weiterführenden Schulen ermöglichen, mit dem GRÜNEN Konzept für eine "Neue Schule" sich zu Schulen mit längerem gemeinsamen Lernen weiter zu entwickeln, den Schulen ermöglichen, zu inklusiven Schulen zu werden, an denen Schülerinnen und Schüler mit und ohne Behinderungen gemeinsam lernen können.  
Leitlinie III: Evolution statt Revolution  
DIE GRÜNEN halten eine schrittweise Schulentwicklung für notwendig. "Wir setzen auf Evolution statt Revolution. Es macht aus schulorganisatorischen Gründen keinen Sinn, immer neue Großreformen überstürzt flächendeckend über alle Schulen auszugießen. Veränderungen müssen - das haben die letzten Jahre überdeutlich gezeigt - gut vorbereitet sein. Da macht es schlicht und einfach Sinn, zunächst an einigen Schulen Erfahrungen zu sammeln und auftauchende Probleme zu lösen. Revolutionäre Parolen mögen sich im Wahlkampf gut machen, in der Schulpraxis führen sie aber meist zu blankem Chaos."  
Leitlinien konkret: Konsequenzen für G8/G9  
Die bereite Ablehnung der G8/G9-Pläne der Landesregierung in der Anhörung dürfe nicht erneut - wie beim Landesschulamt ohne Konsequenzen bleiben. Landesregierung muss für ausreichendes G9-Angebot sorgen  
"Gemäß unseren Leitlinien steht auch hier der Elternwille im Mittelpunkt. Wer für sein Kind eine G9-Schule will, muss auch ein entsprechendes Angebot finden. Deshalb reicht es nicht aus, die Wahlfreiheit ins Gesetz zu schreiben, die Landesregierung muss auch dafür sorgen, dass es zum nächsten Schuljahr genügend G9-Schulen gibt. Sonst kommt es zu Schuljahresbeginn zu der Situation, dass Schülerinnen und Schüler zwangsweise in G8-Schulen eingewiesen werden." DIE GRÜNEN schlagen schnellstmöglich regionale Konferenzen unter Moderation des Kultusministeriums vor, um Elternwillen und schulisches Angebot in Einklang zu bringen.  
Echter Schulversuch  
"Flexible Schulzeit" statt schwarz-gelber Murksversuch  
Die Rahmenbedingungen für den Schulversuch, mit dem G8 und G9 an einer Schule angeboten werden kann, seien bei der Anhörung komplett durchgefallen. Der Vorschlag von Schwarz-Gelb sei eher ein G9-Verhinderungsprogramm. Stattdessen wollen DIE GRÜNEN einen echten Schulversuch "Flexible Schulzeit". "Wir wollen, dass die Schulen ohne einschränkende Vorgaben des Kultusministeriums Konzepte für einen Parallelbetrieb von G8/G9 im Rahmen des Schulversuchs erproben können. Das kann beispielsweise eine G8-Turboklasse sein. Mit unserem Vorschlag wäre es aber auch möglich, ein Konzept für eine zeitlich flexible Oberstufe zu erarbeiten und in dem Schulversuch zu erproben. Dieses Modell hat sehr viel Charme, muss seine Realisierbarkeit und Praxistauglichkeit jedoch erst noch erweisen."  
DIE GRÜNEN erteilen einer von oben verordneten generellen Rückkehr aller Schulen zu G9 eine Absage. "Alle Schulen unabhängig vom Elternwillen zu G9 zu zwingen, halten wir für den falschen Weg. Auch wer G8 für seine Kinder will, soll ein entsprechendes Angebot finden. Von einem Extrem ins andere zu fallen - noch dazu innerhalb weniger Monate bis zum nächsten Schuljahr, würde nur zu Widerständen, Protesten und Chaos führen", ist sich Mathias Wagner sicher.  
Fraktion Bündnis 90/Die Grünen im Hessischen Landtag  
Schlossplatz 1-3  
65183 Wiesbaden  
Telefon: 0611/350597  
Telefax: 0611/350601  
Mail: [gruene@ltg.hessen.de](mailto:gruene@ltg.hessen.de)  
URL: <http://www.gruene-fraktion-hessen.de>  
 [http://www.pressrelations.de/new/pmcounter.cfm?n\\_pinr\\_=514469](http://www.pressrelations.de/new/pmcounter.cfm?n_pinr_=514469)

### Pressekontakt

Fraktion Bündnis 90/Die Grünen im Hessischen Landtag

65183 Wiesbaden

[gruene-fraktion-hessen.de](http://www.gruene-fraktion-hessen.de)  
[gruene@ltg.hessen.de](mailto:gruene@ltg.hessen.de)

### Firmenkontakt

Fraktion Bündnis 90/Die Grünen im Hessischen Landtag

65183 Wiesbaden

[gruene-fraktion-hessen.de](http://www.gruene-fraktion-hessen.de)  
[gruene@ltg.hessen.de](mailto:gruene@ltg.hessen.de)

Weitere Informationen finden sich auf unserer Homepage